

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.35 und
0.85 Beleggebühren, beim eigenen Postamt bestellt. — Preis
Ausland unter Streifenband 1.35 (inkl. Postgeb.). Preis der
Einzelnnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Beilage 30 Pf. Beilagen unter 25 z. je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigen-Aufnahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 377.

Nr. 231.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 2. Oktober 1930.

12. Jahrgang.

Man möcht's . . .
und hat man's,
mag man's nicht!
Was Sehnsucht war,
Wird plötzlich Pflicht!

Caesar Flaischlen.

Umschau.

**Börse und Politik. — Das neue Sanierungsprogramm. —
Abriistungsfiasco. — Prager Deutschenbege. — Die öster-
reichische Regierungskrise.**

An den deutschen Börsen sind keine Königreiche mehr zu gewinnen. Wenigstens nicht für das Heer der Durchschnittsspekulanten. Deren letzte Hoffnung war die Annahme des Youngdikates, von der man sich eine größere Auslandsanleihe versprach. Aber die Auslandsanleihe blieb aus, und so brachen nicht nur die Hoffnungen der Regierung auf eine weitere Verschleierung unserer hoffnungslosen Finanzverhältnisse kläglich zusammen, sondern auch der Silberstreifen am Börsenhorizont verschwand wieder hinter undurchdringlichen, finsternen Wolken. Aber es gibt Leute, die gerade auch an der Börse aus allen möglichen Situationen Kapital zu schlagen wissen. Das sind jene Börsenkreise, denen die notwendigen Propagandamittel zur Verfügung stehen, mit deren Hilfe sie ihren Manövern in skrupelloser Weise zum goldenen Erfolg verhelfen. Als die besten Propagandamittel der „Börsenjobber“ aber kommen die Zeitungen gewisser Verlagshäuser in Frage, deren Einfluß nicht ohne Schuld des deutschen Volkes selbst gerade in Deutschland verhängnisvoll geworden ist.

Die Technik solcher Börsenmanöver, die ihren Hintermännern im Handumdrehen oft Millionen in die Hände spielen, ist denkbar einfach. Man fragt sich nur immer wieder verwundert, was größer ist: die Unbekümmertheit der Intriganten oder die Naivität und Langmut des betrogenen Volkes.

Ein Beispiel aus der Vorkriegszeit: Da ist in Paris ein sehr angesehenes Blatt, heißt „Matin“. Der frühere Besitzer war es, auch im „Aufwärts“ schon oft zitierten Blattes, das ein gewisser Herr Bunau-Varilla. Sein ursprünglicher Name lautete freilich etwas anders; denn er war ehemals ein kleiner, nicht ganz einwandfreier Börsenspekulant, der zu seiner Umbenennung wohl gewisse Gründe haben mochte. Das heißt, Bunau-Varilla ist auch nach Übernahme des „Matin“ mehr Börsenspekulant geblieben als Zeitungsverleger. Und dieser gewitzte Spekulant wußte denn auch aus dem „Matin“ ein ausgezeichnetes Werkzeug für seine Börsengeschäfte zu machen. Eine gewisse weltgeschichtliche Bedeutung hat ja bekanntlich folgender Schachzug Bunau-Varillas bekommen. Im April 1905 verkaufte er an der Pariser Börse ganze Aktienpakete „blanko“, d. h. ohne sie in Besitz zu haben. Während nämlich gewöhnliche Sterbliche Aktien kaufen, um an ihren steigenden Kursen zu „verdienen“, wußten die eigentlichen Börsenkreise auch aus den fallenden Kursen Profit zu schlagen. So auch Bunau-Varilla. Er verkaufte also ganze Aktienpakete, die er gar nicht hatte, um sie dann an den folgenden Börsentagen zu niedrigeren Kursen zu kaufen und an die geneigten Käufer abzugeben, die sie ihm ja vorher zu den höheren Kursen bezahlt hatten. Vermittler bei diesen „Geschäften“ sind bekanntlich die Banken oder auch die Makler. Um nun die Kurse der „blanko“ verkauften Aktien zu drücken, bediente sich Bunau-Varilla seines „Matin“. Denn kaum, daß er sein Blanko-Geschäft eingeleitet hatte, ließ er im „Matin“ den verächtlichen Aufsatz „Marokko und der Krieg gegen Deutschland“ erscheinen (27. April 1905), malte mit den schreiendsten Farben das Gespenst eines unmittelbar bevorstehenden deutsch-französischen Krieges an die Wand und rief auf diese Weise eine derartige Panik an der Pariser Börse hervor, daß die Kurse einen katastrophalen Einbruch erlitten und dem lachenden Verleger des „Matin“ im Handumdrehen einen „Verdienst“ von mehreren Millionen Goldfranken eintrugen.

Man könnte derartiger Beispiele mehr anführen. Besonders lehrreich waren ja denn auch in dieser Beziehung die Tage nach der letzten deutschen Reichstagswahl am 14. September. 107 Nationalsozialisten vom Volke gewählt — das war ein Ereignis, das die Börsenkreise nicht ungenutzt vorübergehen lassen konnten! Hinter dem Schleier einer zunächst noch durchaus zuverlässigen Stimmung wurden am Montag nach der Wahl die ersten umfangreichen Blanko-Abgaben vorgenommen, weitere folgten, und gleichzeitig überschwemmte die der Börse

mehr als nahestehende Presse gewisser Berliner Verlagshäuser die Welt mit Katastrophennarrchen sondergleichen, setzte faustdicke Zwickelungen in die Welt („Ermordung Hitlers“, „Bürgerkrieg?“ usw.), so daß nicht allein die deutschen Aktienbesitzer, sondern auch das Ausland Hals über Kopf ihre deutschen Wertpapiere abstießen und den Hintermännern dieser geradezu volksverräterischen Gerüchtemacherei ganz unbewußt zu den Millionen verhalfen, auf die man es ja von vornherein abgesehen hatte. Und noch steht die Frage offen, ob der Durchsage der Berliner Funkstelle „Reichsminister ermordet!“ (vergl. „Aufwärts“ Nr. 220) nicht ähnliche Motive zugrunde liegen. Bei den engen Verbindungen, die zwischen dem Berliner Rundfunk und gewissen Linkskreisen bestehen, liegt eine solche Vermutung jedenfalls durchaus nahe. Ob bei solchen Manövern das Ansehen Deutschlands und die nationale Kreditfähigkeit vollends in die Brüche geht, das ist diesen zweifelhaftesten Vertretern der Börse und ihren Freunden natürlich ganz und gar gleichgültig. Diese Kreise kennen in der Tat kein Vaterland, ihr Sinnen und Trachten dreht sich allein um das goldene Kalb und ist so international wie dieses selber international ist. Völkerschicksale sind ihnen nichts anderes als bloße Mittel zu ihren profitegoistischen Zwecken. An das Geschick irgend eines bestimmten Landes sind sie nicht gebunden. Ihr Weizen blüht an allen Börsenplätzen der Welt. Ihre raffenden Hände reichen um die ganze Erde.

Sie wissen nicht nur aus dem Wohlergehen der Völker, sondern — wie wir sahen — auch aus ihrer Not arbeitslosen Reichum zu ergattern. Und die Not des deutschen Volkes wird täglich größer. Von den Steuererleichterungen und sonstigen wirtschaftlichen Vorteilen, die uns das Youngdiktat angeblich bringen sollte, ist nicht die Spur zu entdecken. Im Gegenteil, die Finanzmisere wird immer bedrohlicher. Während des Wahlkampfes wußte der Finanzminister Dr. Dietrich von einem „verhältnismäßig nur noch geringen“ Reichsdefizit zu berichten, nach dem Wahlkampf waren es dann doch wieder rund 400 Millionen Goldmark, und jetzt soll es sich mit einem Male um einen Fehlbetrag von 1 Milliarde handeln. Wer allzu große Hoffnungen auf das neue Sanierungsprogramm der Reichsregierung gesetzt hatte, sieht sich enttäuscht. Denn wie die Dinge im Augenblick liegen, will man die Beamtengehälter einer 6-prozentigen Kürzung unterwerfen, will man die Arbeitslosenversicherung mittels weiterer Beitragserhöhungen „sanieren“, und im übrigen das Heil mit einer neuen Auslandsanleihe versuchen, womit uns natürlich nicht im geringsten geholfen ist. Als ob uner unmoralisches und verantwortungsloses Vorgehen sich nicht schon verhängnisvoll genug gerächt hätte!

Aber auch außenpolitisch ist nichts sonderlich Erfreuliches zu berichten. Zwar hat Graf Bernstorff in Genf der berechtigten Forderung Deutschlands nach Abriistung der anderen Mächte deutlichen Ausdruck gegeben, aber der deutsche Vorschlag, die schon so lange hinausgeschobene allgemeine Abriistungskonferenz nun doch endlich im Jahre 1931 Wirklichkeit werden zu lassen, wurde gegen die Stimmen Italiens, Deutschlands, Ungarns, Oesterreichs, Hollands, Dänemarks, Schwedens abgelehnt. Die anderen Mächte haben sich also für eine weitere Verschleppung der Abriistungsfage ausgesprochen, darunter auch — was besonders bemerkenswert ist — die sozialistische und angeblich so pazifistische Regierung Englands! Diese Haltung Englands ist um so auffälliger, als noch vor kurzem der englische Außenminister Henderson so leidenschaftlich für eine allgemeine Abriistung eingetreten ist. Jedenfalls lehrt auch dieser Vorgang wieder, wie wenig man von den pathetischen Reden der heutigen Staatsmänner zu halten hat und daß all diesen schillernden Worten gegenüber die denkbar größte Skepsis angebracht ist. Einstweilen sind die „Großen von Genf“ noch jeden Beweis eines wirklich ehrlichen Friedenswillens schuldig geblieben. Aber wir glauben in der Abnahme nicht fehl zu gehen, daß sich in dem Genfer Abstimmungsergebnis über die Abriistungsfage eine neue europäische Frontbildung abzuzeichnen beginnt, die dem unwahrscheinlichen Gebilde des gegenwärtigen Völkerbundes vielleicht noch einmal zum wohlverdienten Verhängnis wird. Was die merkwürdige britische Haltung in der Abriistungsfage betrifft, so schreibt der englische „Manchester Guardian“ ganz offen: „Die Deutschen sagen unumwunden, daß sie wieder einmal (!— Die Red.) getäuscht worden sind, und sie sind berechtigt, dies zu sagen.“ — Man darf gespannt sein, wann endlich eine deutsche Regierung aus diesen unhaltbaren Genfer Zuständen die Konsequenz zieht und den Austritt Deutschlands aus einem sogenannten Völkerbunde erklärt, der nichts anderes als das Vollzugsorgan der englisch-französischen Interessen ist.

Ein Grund zur nationalen Selbstbestimmung sollten für uns auch die deutschfeindlichen Rundgebungen in Prag sein, also in jener Stadt, die ihr Oberbürgermeister Dr. Baga mit stolzer Freude als die „deutschfeindlichste Stadt der Welt“ bezeichnet. Ihren Anfang genommen haben die Prager Unruhen bei der tschechischen national-demokratischen Partei. Diese Partei verfügt über ein eigenes Kino-Unternehmen und bemühte sich um das alleinige Aufführungsrecht der von einer gewissen deutschen Filmgesellschaft hergestellten Tonfilme. Diese Bemühungen waren fruchtlos, und nun suchte sich die tschechische national-demokratische Partei dadurch zu rächen, daß sie die chauvinistischen Leidenschaften der Prager Tschechen gegen die deutschen Filme mobil machte. Der Fanatismus der Menge — einmal entfacht — wandte sich dann selbstverständlich auch gegen alle anderen Erzeugnisse deutscher Herkunft und artete schließlich in einer allgemeinen Deutschenbege aus, die ja dann zu einer persönlichen Fühlungnahme zwischen Curtius und dem tschechischen Außenminister in Genf führte. Und die preußische Regierung stellt dem tschechischen Großkapitalisten Bata Staatsgelände zur Verfügung, damit dieser das deutsche Schuhgewerbe noch mehr zugrunde richtet, wie er das all die letzten Jahre schon mit seinen absichtsvollen Schleuderpreisen mit bestem Erfolge getan hat.

Schließlich ist auch noch die österreichische Regierungskrise, die zum Rücktritt Schobers führte, nicht ohne Bedeutung für uns. Bedauerlich ist, daß — wie bei uns — so auch in Oesterreich das sog. „Bürgerturn“ vollständig zerplittert ist und die Hoffnungen der Marxisten auf die bevorstehenden Neuwahlen durchaus nicht unbegründet sind. Doch wird man hinsichtlich der Wahlen auch in Oesterreich auf Ueberraschungen gefaßt sein müssen.

Aufteilung Belgiens?

Totgesagte pflegen ein langes Leben zu haben. Wenn das auch für Staaten gilt, kann man dem belgischen Staat, der dieses Jahr bekanntlich seinen hundertsten Geburtstag feiert, noch einen langen Fortbestand prophezeien, denn Dutzende von Malen haben radikal-flämische Kreise ihn in der letzten Zeit totgesagt, oder doch seine unmittelbar bevorstehende Auflösung verkündet. Derartige Voraussetzungen haben ihren Weg auch in die deutsche Presse gefunden. Da es sich hier um eine Frage handelt, welche weit über den Rahmen Belgiens hinaus von größter Bedeutung für die europäische Politik ist, wird man die Frage zu prüfen haben, was an derartigen Prophezeiungen und Behauptungen Wahres ist.

Es muß unbedingt zugegeben werden, daß dieser Sommer allerlei Ereignisse gebracht hat, welche geeignet gewesen sein dürften, die Regierungskreise in Brüssel und darüber hinaus alle, die an der politischen Leitung Belgiens irgendwie verantwortlich beteiligt sind, aus der Festerstimmung der Centenarfeier aufzustören. Das gilt besonders für die Pilgerfahrt von über 120 000 Flamen zum Osterkreuz, dem wuchtigen Gedächtnismal für die im Weltkrieg gefallenen flämischen Soldaten. Mußte schon die ungeheure Zahl der Versammelten die belgisch-nationalistischen Kreise bedenklich stimmen, so gilt das noch mehr von der bei der Demonstration herrschenden Stimmung, die sich unter dem Einfluß denkbar taktloser nationalistischer Provokationen bis zur Siechtheit steigerte und bei weniger Besonnenheit der Führer und Ordner leicht zu schwersten Zusammenstößen zwischen den Versammelten hätte führen können. Daß solche Zusammenstöße nicht ganz vermieden werden konnten, ist trotz aller Vertuschungsmanöver von belgischer Seite bekannt. Das flämische Nationalbewußtsein ist eben mit voller Kraft erwacht und läßt sich durch autoritäre Mittel nicht mehr eindämmen. Dabei bleibt es allerdings mehr als fraglich, ob das flämische Volk heute schon ernsthaft den Gedanken nach einer Lösung des bestehenden Staatsverbandes hegt. Solche Schritte wie das Abkommen zwischen den flämischen und wallonischen Nationalisten über eine Aufteilung des belgischen Staates nach volkspolitischen Gesichtspunkten und das Erscheinen von Vertretern der beiden belgischen Nationalitäten auf dem Minderheitenkongreß in Genf mit dem dort allerdings nicht anerkannten Anspruch auf Zulassung als nationale Minderheiten sind zwar als Symptome interessant, aber nicht zu ernst zu nehmen. Man ist in Deutschland im allgemeinen geneigt, die kleine, frontistische Gruppe als die Vertretung der Flamen anzusehen, während sie doch nur einen Bruchteil der flämischen Gesamtbevölkerung vertritt, deren Hauptmenge nach wie vor den drei alten Parteien, und davon in erster Linie der katholischen Partei, angehört. Dabei soll gar nicht die Bedeutung der Frontisten — so nannten sich bekanntlich

die aktivistischen Radikalfamen — für die flämische Nationalbewegung verkannt werden, sind sie doch die Schrittmacher auf dem Wege zur Erhaltung der nationalen Gleichberechtigung des Flamentums für die mehr opportunistisch eingestellten Flamen anderer politischer Färbung bis in die neueste Zeit hinein gewesen. Es geht übrigens aus Rundgebungen frontistischer Politiker hervor, daß über die letzten Ziele sogar innerhalb ihrer Partei selbst keineswegs vollständige Einigkeit besteht. Und wenn der großniederländische Enthusiast Ward Hermans sich offen zu dem Gedanken der Aufteilung des belgischen Staates bekennt, so bleibt doch sehr fraglich, ob der eigentliche Kopf der Partei, der klug und sehr vorsichtig abwägende Hermann Voh ihm auf diesem Wege folgen würde. Sind also die Stimmen aus dem frontistischen Lager, die eine Aufteilung Belgiens fordern, keineswegs repräsentativ für die flämische Bevölkerung in ihrer Gesamtheit, so stellen die wallonischen Partner der erwähnten separatistischen Abmachungen eine völlig bedeutungslose Minderheit in der Wallonie dar. Damit soll allerdings nicht gesagt werden, daß in breiteren Kreisen Walloniens nicht in der letzten Zeit auch recht bemerkenswerte Wandlungen in den Anschauungen über den inneren Staatsaufbau Belgiens festzustellen wären. Gerade anlässlich der demnächst zur parlamentarischen Beratung gelangenden Gesetzentwürfe über die Unterrichtssprache in Elementar- und mittlerem Unterricht beginnt sich nämlich eine ganz neue Einstellung führender wallonischer Politiker abzuzeichnen. Der Regierungsentwurf, der im Frühjahr unter Berücksichtigung der Wünsche der französisch orientierten liberalen Partei zustande gekommen war, sieht die Möglichkeit der Errichtung französischer Schulklassen in Flandern, flämischer in Wallonien vor, wenn eine genügende Anzahl von Familienvätern sie verlangt. Diese Bestimmung sollte den Wünschen jener dünnen Oberschicht in Flandern Rechnung tragen, welche, obwohl ganz überwiegend flämischer Abstammung, die französische Sprache dem flämischen vorzieht, und welche deshalb den unitarischen Politikern als wertvollste Hilfstuppe im Kampf für die Erhaltung des Einheitsstaates gilt. Mittlerweile hat man in wallonischen Kreisen erkannt, daß der Gesetzentwurf im Gefolge haben könnte, daß die verhältnismäßig zahlreichen in der wallonischen Industrie beschäftigten flämischen Arbeiter für ihre Kinder flämische Schulen fordern und mit der Zeit flämische Inseln im Herzen des wallonischen Gebietes bilden könnten. Angesichts dieser Gefahr entschloß man sich in wallonischen Kreisen der liberalen Partei, die bisherige Stellungnahme preiszugeben und sich damit praktisch den flämischen Forderungen in der Unterrichtsfrage zu nähern.

Diese flämischen Forderungen sind in autoritativer Weise vor wenigen Wochen mit aller Schärfe auf der Jahresversammlung des „Katholieke Vlaamsche Landsbond“, der Zentralorganisation der in der Regierung vertretenen flämischen Katholiken, zum Ausdruck gebracht worden. Sie laufen in der Unterrichtsfrage auf eine glatte Ablehnung der Regierungsvorlage hinaus. Damit wurden nicht nur die flämischen Minister von ihren eigenen Parteifreunden im Stiche gelassen und in eine schwierige Situation gebracht, es hätte vielmehr leicht zum Sturz der Regierung kommen können, wenn nicht, wie gesagt, die Haltung der wallonischen Liberalen den flämischen Wünschen entgegenkäme und damit wahrscheinlich die Möglichkeit zu einem Kompromiß geben wird. So verworren die Dinge im Einzelnen liegen, so ergibt sich aus den Ereignissen der letzten Monate mit aller Klarheit doch das Eine, daß nämlich der Siegeslauf der flämischen Bewegung in ihrem Kampfe um die

volle Gleichberechtigung des flämischen Volkstums nicht mehr aufzuhalten ist.

Die Tagung des „Katholieke Vlaamsche Landsbond“ war aber interessant weit über die Stellungnahme zum Unterrichtsentwurf hinaus. Denn diese Organisation der stärksten politischen Gruppe des Flamentums sprach sich in einer Resolution ausdrücklich für die vollständige Teilung der Zentralbehörden in flämische und französische Zweige aus. Damit ist der flämische Anspruch auf die administrative Trennung, die letzten Endes zu einem föderativen Staatsaufbau führen muß, auch von gemäßigter flämischer Seite angemeldet. Bei leidenschaftlicher Beurteilung der Sachlage wird man zu der Ueberzeugung kommen, daß in dieser Richtung die weitere volkspolitische Entwicklung in Belgien gehen wird. Rein parlamentarisch gesprochen läßt sich annehmen, daß schon heute eine über alle parlamentarischen Parteien verteilte Mehrheit für eine Lösung im Sinne der Forderungen des „Katholieke Vlaamsche Landsbond“ besteht. Die Schwierigkeiten, die sich ihr entgegenstellen und die vollständige Verwirklichung erst in längeren Zeiträumen zulassen werden, liegen auf administrativem und finanziellem Gebiet. Trotz der großartigen Fortschritte der flämischen Wirtschaft in der Nachkriegszeit erreicht die Steuerkraft der flämischen Landesteile noch nicht entfernt die der reichen wallonischen Industriegebiete. Auf der anderen Seitebedarf gerade der flämische Landesteil, dessen Fortentwicklung auf zahlreichen Gebieten — man braucht nur etwa an Elektrifizierung und Wasserwerfungen zu denken — in den vergangenen hundert Jahren belgischer Staatseinheit stark vernachlässigt worden ist, auf absehbare Zeit erhöhter staatlicher Aufwendungen. Man kann den Wallonen aber kaum soviel Menschenfreundlichkeit zutrauen, daß sie bei einer Verwaltungstrennung Teile ihres eignen Steueraufkommens für die Weiterentwicklung des flämischen Landes hergeben würden. Auch auf kulturellem Gebiet hat Flandern noch vieles nachzuholen, um sich eine bewußt flämische geistige Elite heranzuziehen, die unter dem alten Sprachregime naturgemäß nicht entstehen konnte. Diesen Beispielen könnte man noch zahlreiche andere an die Seite stellen. Viel größer aber als die Schwierigkeiten, die sich einer administrativen Trennung des flämischen und des wallonischen Landesteiles im Rahmen des belgischen Staates entgegenstellen, müßten die sein, die eine staatsrechtliche Aufteilung des Landes mit sich bringen würde, auch wenn man von den außenpolitischen Wirkungen auf das Gleichgewicht zwischen den europäischen Großmächten ganz absieht.

Im Lager der gemäßigten Flamen aber stellt man noch Erwägungen besonderer Art an, welche für das Verbleiben Flanderns im belgischen Staatsverbande sprechen: Schon heute bilden die Flamen die Mehrheit der belgischen Bevölkerung. Der Geburtenüberschuß des jugendkräftigen flämischen Volkes trägt dazu bei, das numerische Verhältnis der beiden belgischen Staatsvölker noch dauernd zu Gunsten der Flamen zu verschieben. Ist einmal die volle kulturelle Gleichberechtigung der Flamen erzielt, ist es gelungen, eine flämisch-bewußte geistige Elite heranzuziehen, so wird ihr einmal die Führung im belgischen Staate anheimfallen müssen und sie wird politisch wie wirtschaftlich in Belgien und in der aussichtsreichen Kongo-Kolonie (!) eine dankbarere Aufgabe finden, als sie ihr im Rahmen eines räumlich beengten selbständigen flämischen Staates oder auch als „jüngere Schwester“ in dem von Schwärmern erträumten „Groot Neerland“ beschieden sein könnte.

Brief aus Baden.

Seit unserm letzten Brief aus Baden — es war im Frühsommer — ging eine auffallende Todeswelle über unser Land. Baden verlor in Erich Obkircher nicht nur einen hochgestellten Juristen, sondern auch einen Politiker von aufrechter und aufrichtiger Gesinnung, einen Kämpfer für einen positiven Liberalismus edelster Ausprägung. Auch die Ärzte verloren bedeutende Männer. U. a. das Karlsruher Evangelische Diakonissenhaus seinen Hausarzt und Operateur Medizinalrat Dr. Krumm.

Die Schulwelt betraut in dem Mannheimer Stadtschulrat Professor Geheimrat Dr. e. h. Anton Sickinger den mit Recht als Reformator der deutschen Volksschule bezeichneten Schulmann. Sein „Mannheimer Schulsystem“ der Förderklassen, der Hilfsklassen, der Klassen für besonders gut und besonders schlecht Begabte, der Schwerhörigenklassen u. a. m. haben seinen Namen nicht bloß den Ehrendokortitel gebracht, sondern ihn auch weit über Badens Grenze hinausgetragen.

Unsere Badische Landeskirche verlor zwei bekannte und weitgeschätzte Pfarrer: Kirchenrat Adolf Herrmann in Karlsruhe (Oststadtgemeinde), den Führer der Positiven Vereinigung, das Mitglied der Badischen Landesynode und stello. Mitglied der Badischen Kirchenregierung, sowie des Deutschen Kirchentags. Der Kirchenpräsident selber hat ihn beerdigt. Kirchenrat Herrmann war, ehe er in den Badischen Kirchendienst trat, auch Diakon in Bethel. Daran darf an dieser Stelle gewiß auch erinnert werden.

Der andere Pfarrer, den wir verloren, war Fritz Haag in Cubisheim, Dekan im Bogberger Kirchenbezirk, langjähriger Pfarrer am Mannheimer Diakonissenhaus, ein Kämpfer für evangelische Pressearbeit und Mitglied des weiteren Vorstandes im Pfarrverein, den seinerzeit sein Vater hat gründen helfen. Auch Dekan Haag wird nicht so bald vergessen werden.

Schließlich hat auch der Bürgerstand in dem Karlsruher Altkadtrat Robert Osterlag einen Verlust zu beklagen. Besondere Verdienste er-

warb er sich durch die Gründung des Badischen Verkehrsvereins.

Unter dem Eindruck dieses „Totentanzes“ bedeutender Badischer Männer gedenkt man mit besonderer Freude auch der Ehrentage der noch Lebenden und an bedeutender Stelle Schaffenden. Gewiß sind 50. Geburtstage, wie ihn der Heidelberger Literaturforscher und Shakespeareforscher Friedrich Gundolf kürzlich feiern durfte, keine letzten Marksteine. Zehn Jahre älter, nämlich 60 Jahre, durfte Gundolfs Fakultäts- und Fachgenosse, Friedrich Panzer werden. Ihm verdanken wir auch den Nachdruck (Facsimileausgabe) der Rastattischen Lieberhandtschrift, unter Heidelbergers Handschriften und Bücherschätzen das Krongut aus dem 14. Jahrhundert!

Auf 70 Jahre darf soeben Geheimer Kirchenrat Professor Dr. Johannes Bauer zurückblicken. Ihm unterliegt die Ausbildung unserer jungen Pfarrerschaft seit 20 Jahren. Ihm haben wissenschaftliche Fähigkeiten auf dem Gebiet der Theologie, der Geschichte, aber nicht zuletzt auch der kirchlichen Kunst ein geistiges Gepräge verliehen. Car seinen 75. Geburtstag feierte der Heidelberger Gelehrte Geh. Rat Dr. August Bernthsen, gebürtig in Krefeld, ein bedeutender Chemiker.

Von der Wissenschaft zur Technik! Der mittlerweile zum Berliner Hochschulprofessor aufgerückte Badische Ingenieur Dr. Adolf Lüd in hat gegen scharfen italienischen Wettbewerb den Auftrag der uruguayischen Regierung zu einem großen Wasserwerk erhalten. Das Staubecken soll die Größe des Bodensees erhalten. Freuen wir uns der deutschen Erfolge im Ausland.

Einen wichtigen und erfreulichen Wasserbau werden wir hoffentlich bald in der Heimat schauen. Endlich sind nämlich die Verhandlungen zwischen Baden und dem Reich wenigstens soweit fertig geworden, daß man auf eine Erstellung dreier uns stark berührenden Rheinbrücken in absehbarer Zeit rechnen darf. Die Mannheimer-Ludwigshafener Brücke hat den Vorrang, dann sollen die zwischen Lufthof und Speyer, sowie die zwischen Maxau und Maximiliansau an die Reihe kommen. Auf zusammen 42 Millionen sollen sich die Kosten belaufen.

Der Stahlhelm geht an den Rhein.

Alljährlich hält der Stahlhelm Heerschau ab. 1928 ging er nach Düsseldorf, um die Bevölkerung der von fremder Besatzung befreiten 1. Zone zu begrüßen. 1927 war Berlin das Ziel; der Stahlhelm war gewaltig gewachsen; die Reichshauptstadt sollte sich davon überzeugen, daß seine geschlossene Organisation disziplinierter Frontsoldaten eine Macht geworden war. 1928 besuchte der Stahlhelm Hamburg mit bereits weit über 100 000 Kameraden. Von dem einen großen Fenster Deutschlands aus sollte dem Ausland gezeigt werden, daß das Heer der Feldgrauen sich wieder sammelt, nicht zu neuem Waffengang, doch um von der Welt für Deutschland Recht zu fordern. 1929 sah München den Bund der Frontsoldaten; in gewaltiger Stärke trat der Stahlhelm an, das Erbe der alten Armee, gesondert nach seinen Stämmen, doch vereint als Alldeutschlands bestes Mannestum.

Dieses Jahr geht er an den von fremden Truppen geräumten, aber noch nicht befreiten deutschen Strom. Wenn am kommenden Sonnabend die neue Nacht am Rhein ihre Quartiere von Bingen rheinabwärts über Koblenz bis Remagen bezieht und auch in den Tälern der Mosel, der Lahn und anderer Nebenflüsse Unterkunft findet, dann werden überall längs des Stromes auf den Höhen Feuer angezündet werden. Aber es sollen nicht Festesflammen sein; Mahnzeichen will der Stahlhelm aufleuchten lassen. Dies Land ist nicht frei, solange es ungeschützt unter feindlichen Geschoßen und Bombengeschwadern liegt. Dies Land ist nicht frei, solange deutsches Volk durch die Lüge des noch immer unwiderrufenen Kriegsschuldgeständnisses geschändet das Joch fremder Eingriffsrechte trägt. Dies Land ist nicht frei, solange es mitzutragen hat an den uns das Blut auspressenden Youngtributen.

Am Sonntag entfeigen die Landesverbände in Koblenz den Dampfern, Zügen und Lastautos. Vom deutschen Eck aus marschieren die vielen Tausende Feldgrauer hinaus zur Karthause; es werden trotz der zunehmenden Armut wohl wieder mehr als 100 000 Mann sein. Eingeteilt in Landesverbände, Gauen, Kreise und Ortsgruppen, geleitet von den alten Marschweifen, folgend ihren Führern und Fahnen, werden die Männer der grauen Windjacke in gewohnter Ordnung aufmarschieren und ohne Reibung und Stockung sich zusammenfinden auf gedrängtem Platz zu einem Riesenheer. Der Kenner weiß, was diese Generallafleistung bedeutet; er wird der Lösung dieser Aufgabe seine Anerkennung nicht verweigern. Und wiederum wird die Welt sehen, daß straffte Einordnung des Einzelnen, freiwillige Disziplin der Massen von Kameraden und hohe Fähigkeit des Führertums hier zusammenwirken, um der deutschen Befreiungsbewegung das Rückgrat zu geben, ohne welches aller Ueberdruß der Vegetierung bald verelben müßte. Die Welt wird wieder sehen, daß die alte Zucht, die Deutschland einst groß gemacht und zu viereinhalbjährigem Widerstand gegen 20fache Uebermacht befähigt hat, noch lebt und auf die Jugend im Jungstahlhelm übertragen wird.

So gibt der geordnete Riesenappell dem Ruf des Stahlhelms nach Befreiung von der Kriegsschuldflüge und den Youngfesseln den sichtbaren Hintergrund. Das deutsche Volk wird den Ruf hören. Es wird nach der Septemberwahl, die der Aufschrei eines gequälten und sein Lebensrecht verlangenden Volkes war, die tröstende und stärkende Gewißheit haben: hier sind noch

Wollen uns diese Brücken mit einem andern Stück Deutschen Landes verbinden, so soll es vielleicht anderweitig zu einer Trennung Badischen Bodens von dem Lande Baden und damit auch vom Deutschen Reich kommen. Man spricht schon lange von einem Verkauf der Insel Mainau mit ihrem bekannten Ritterschloß. Die etwa 130 Morgen große Insel war der Herrschaftssitz des Badischen Fürstenhauses und zuletzt Besitz der verstorbenen Schwedischen Königin, der Schwester des letzten Badischen Großherzogs. Auch Kaiser Wilhelm I., der Vater der Großherzogin Luise, kehrte besonders gerne auf dieser „Isola Bella“ mit ihren Palmen und ihrem südlichen Klima ein. Und nun soll diese Perle des Bodensees vielleicht an das Ausland fallen, Baden besitzt keine Möglichkeit, sich dies Stückchen Erde zu sichern.

Anders liegen die Dinge bei dem Dorfe Büdingen am Oberrhein. Mit seinen etwas über 800 Seelen liegt es ganz von Schweizer Gebiet umschlossen, völlig an die Schweiz auch wirtschaftlich angewiesen. Der Ranton Schaffhausen ist eigentlich mehr sein Vaterland und Muttergebiet, als der Bezirk Konstanz, wozu es bisher gehörte. Nun soll dieser unhaltbare Zustand durch einen Vertrag zwischen Deutschland und der Schweiz beendet und ein Gebietstausch vorgenommen werden.

Wer heute nicht allzuweit von Büdingen an den Bodensee reist — und unter den zunehmenden Reisekosten hat der Bodensee einen nicht geringen Anteil — der findet in des Bodensees Nähe, zu Salem, eine auf neuen Grundlagen ruhende Deutsche Arbeitschule, die Gründung des verstorbenen Prinzen Max. Er hat sich nach seinem Rücktritt vom Kanzleramt und der Politik ganz auf dieses Werk geworfen und dort droben ein Vermächtnis hinterlassen. Rein Geringerer, als der Dichterarzt Dr. Ludwig Finckh hat dieser Tage wieder der Öffentlichkeit kund getan, was diese Schule bedeutet. Ob sie aber weiter bestehen bleiben wird?

Auch diese Frage wird vielleicht im kommenden Reichstag entschieden werden, der ohnehin für unsere Badischen Belange bedeutungsvoll werden wird, nicht zuletzt auf dem Gebiet der Schule. Allein da diese Zeilen noch am Vorabend der Wahlen geschrieben sind, soll alles, was mit diesem traurigen Kapitel „Wahlen in Baden“ zusammenhängt, einem späteren Briefe vorbehalten bleiben!

Neue

Am 10.

Nach

Rheinland

burg in

in Nachen

Reichsprä

Düren um

nach Trer

dent von

lehren. W

zweiten P

und den L

schau ab. 1928
herung der von
begreifen. 1927
ar gewaltig ge-
ich davon über-
tion disziplinier-
war. 1928 be-
reits weit über
großen Fenster
gezeigt werden,
sammelt, nicht
Welt für Deutsch-
n den Bund der
t der Stahlhelm
wert nach seinen
schlands bestes

den Truppen ge-
eutschen Strom.
neue Wacht
ne rheinabwärts
auch in den Tä-
hensflüsse Unter-
gs des Stromes
Aber es sollen
hen will der
and ist nicht
unter feind-
schwadern liegt.
ange deutsches
unwiderrufenen
s Joch fremder
st nicht frei,
s das Blut aus-

verbände in Rob-
tos. Vom deut-
ende Feldgrauer
er zunehmenden
00 Mann sein.
freie und Orts-
weisen, folgend
die Männer der
g aufmarschieren
zusammenfinden
er. Der Renner
bedeutet; er wird
nnung nicht ver-
hen, daß straffte
e Disziplin der
heit des Führer-
eutschen Be-
rat zu geben,
Begeisterung bald
er sehen, daß die
gemacht und zu
20fache Ueber-
die Jugend im

dem Ruf des
von der Kriegs-
schbaren Hinter-
hören. Es wird
rei eines gequäl-
Volkes war, die
n: hier sind noch

im andern Stück
vielleicht ander-
Bodens von dem
schen Reich kom-
Verkauf der In-
schloß. Die etwa
haftes des Bod-
der verstorbenen
lehten Bodischen
der Vater der
gerne auf dieser
ihrem südlichen
s Bodens viel-
ht keine Möglich-

erfe Büdingen am
Seelen liegt es
n, völlig an die
n. Der Renton
terland und Mut-
s bis her ge-
and durch einen
Schweiz beendet
werden.

Büdingen an den
nehmenden Reife-
bringen Anteil —
ale m, eine auf
e Arbeits-
en Prinzen Mag-
nzleramt und der
und dort droben
ringerer, als der
Tage wieder der
hule bedeutet. Ob

im kommenden
in für unsere Ba-
wird, nicht zuletzt
se Zeilen noch am
soll alles, was mit
aden" zusammen-
en bleiben!

disziplinierte Kräfte, die gewillt sind, für die Frei-
heit Opfer, wenn es nützt, das letzte
und höchste Opfer zu bringen. Auch die Welt
wird diesen Aufmarsch beachten als einen neuen über-
zeugenden Beweis, daß dies Volk erwacht und im Be-
griff ist, das ihm auferlegte Joch abzuschütteln.

Ehe die Kameraden zur Heimat zurückeilen, werden
sie an den Führern vorbeimarschieren. Und wieder wird
auch der Nörgler sehen, daß hier eine neue Volks-
gemeinschaft wächst. Ohne Unterschied
des Standes, Berufs und Einkommens und was
sonst das deutsche Volk zerküftet, marschieren sie hier
in Reih und Glied, Arbeitgeber und Arbeitnehmer,
Bauer und Städter, Handwerker und Akademiker, eins
in dem Wunsch und tatbereiten Willen: Deutschland
müß frei werden!

Neue Rheinlandfahrt Hindenburgs.

Am 10. Oktober Abreise nach Aachen und Trier.

Nach den endgültigen Dispositionen für die zweite
Rheinlandfahrt des Reichspräsidenten wird Hinden-
burg in den Nachmittagsstunden des 10. Oktobers
in Aachen eintreffen. Am nächsten Morgen wird
Reichspräsident von Hindenburg mit der Bahn über
Düren und Günstirchen, wo kurz Station gemacht wird,
nach Trier weiterfahren. Von Trier wird Reichspräsi-
dent von Hindenburg wieder nach Berlin zurück-
kehren. Begleitet wird der Reichspräsident auf seiner
zweiten Rheinlandfahrt von Staatssekretär Meißner
und den Oberpräsidenten der Rheinprovinz Dr. Fuchs.

Die Kleinfiedlung.

Von Dr. von Mangoldt.

Ungeachtet der gewaltigen Arbeitslosigkeit wird
vielfach der Gedanke erwogen, wenigstens ein gewisses
Maß von Abhilfe zu suchen durch Ansiedlung der städti-
schen und gewerblichen Bevölkerung auf kleinen Eigen-
tumsparzellen. Denn der Arbeiter, der ein, wenn auch
nur bescheidenes Haus und ein Stück Land besitzt,
kann doch sein Einkommen durch einen kleinen land-
wirtschaftlichen oder gärtnerischen Nebenbetrieb und
durch die Hausnutzung vorteilhaft ergänzen und ver-
fügt so, insbesondere im Falle der Arbeitslosigkeit oder
der Kurzarbeit, noch über eine wertvolle und aus-
baufähige Einkommensquelle, von den großen gesund-
heitlichen, seelischen und sittlichen Vorteilen eines sol-
chen Besitzes ganz abgesehen. Diese Frage hat dadurch
sehr hohe praktische Bedeutung gewonnen, daß diese
städtische Kleinfiedlung anfängt, sich in einer
Anzahl deutscher Großstädte stärker als bisher auszu-
breiten. Insbesondere in Berlin hat diese Bewegung
einen gewaltigen Umfang angenommen und zur Schaf-
fung von ungefähr 180 000 Siedlungspartellen ge-
führt.

Gegen diese Kleinfiedlung bestehen aber noch viel-
fach, namentlich in sozialistischen Kreisen, Bedenken,
da dadurch die Arbeitnehmer in ihrer Beweglichkeit
und Fähigkeit, sich den Erfordernissen des Arbeits-
marktes anzupassen, beeinträchtigt würden und ihre
Kraft in den Kämpfen um Erreichung besserer Ar-
beitsbedingungen geschwächt werde. Schon im Jahre
1894 hatte aber der Landrat Verthold im Kreise
Blumenthal an der Weser, als die moderne Groß-
industrie den Kreis, der bis dahin ganz überwiegend
ein Bauern- und Seefahrerkreis gewesen war, immer
stärker in einen Industriekreis umschuf, einen Spar-
und Bauverein zum Zwecke des Siedlungsbaues ins
Leben gerufen. Diese Genossenschaft entfaltete eine um-
fassende Siedlungs- und Bautätigkeit, wobei sie ihre
Mitglieder fast ausschließlich in Eigenhäusern auf Stel-
len von etwa einem halben Morgen Größe ansiedelte.
1915 hat Landrat Verthold an Hand seiner Erfahrun-
gen mit dieser Kleinfiedlung überzeugend nachgewiesen,
daß in schweren Krisenzeiten die Arbeiterbevölkerung
wirtschaftlich widerstandsfähig geblieben war, weil sie
auf der sicheren Grundlage der kleinen Landwirtschaft
stand. Dabei gibt Verthold zu, daß unter Umständen
der kleine Eigenbesitz für die Arbeitnehmer eine lästige
Fessel sein kann, da sie an die Scholle gebunden sind
und dadurch in der Freizügigkeit gehemmt werden.
Das sind aber Ausnahmefälle.

Im laufenden Jahrgang der „Jahrbücher für Na-
tionalökonomie und Statistik“ untersucht Dr. E. Wille
die Einwirkung der Kleinfiedlung auf die Arbeits-
marktgestaltung und zieht dabei besonders die wirt-
schaftlichen Verhältnisse in Rechnung. — In Württem-
berg sind das kleine Eigenhaus, der kleine Landbesitz
und landwirtschaftlicher Nebenbetrieb bei der gewerb-
lichen Arbeiterbevölkerung sehr stark verbreitet. — Auch
hier wird festgestellt, daß diese Arbeiter in ihrer
Existenzgrundlage durch eine im Verlauf der wirt-
schaftlichen Entwicklung auftretende Arbeitslosigkeit
nicht so unmittelbar betroffen werden, wie dies bei
reinen Lohnempfängern der Fall ist.

Zusammenfassend kann man sagen: Der wirt-
schaftliche Rückhalt, den der angesiedelte und über Haus
und Grundbesitz verfügende Arbeitnehmer hat, macht
ihn im Kampfe um die Arbeitsbedingungen wider-
standsfähiger. Auch dürfte seine Gesundheit und Lei-
stungsfähigkeit, namentlich auch bei dem Nachwuchs,
durch dieses System eine starke Kräftigung er-
fahren. Es kann aber nicht geleugnet werden, daß der-
artiger Haus- und Grundbesitz eine gewisse Fessel be-
deutet, welche den Wohnungswechsel zum Zwecke der
Erlangung einer anderen Arbeitsstelle erschwert. So-
lange wir indes für die kleineren Wohnungen Woh-
nungsnot und Zwangswirtschaft haben, ist ja auch
die Erlangung einer Mietwohnung sehr erschwert, so
daß hier kein großer Unterschied besteht. Kommt aber
vollends ein Wohnungswechsel nicht nur innerhalb des-
selben Ortes, sondern vielmehr ein Umzug nach einem
ganz anderen Ort in Betracht, so wirkt etwa vorhan-
dener Haus- und Grundbesitz nicht lediglich hemmend,
sondern oft erleichternd; denn der Verkauf oder die
Vermietung des Grundbesitzes gewähren die Mittel
zum Umzug und zum Aufbau einer neuen Existenz an
einem anderen Orte.

Die Beamtenschaft wehrt sich

gegen die Gehaltskürzung.

Notprogramm der Regierung.

Senkung der Ausgaben um eine Milliarde Mark. —
Kürzung der Gehälter und Ueberweisungen. — Ver-
einfachung des Steuerrechts.

— Berlin, 1. Oktober 1930.

Reichskanzler Dr. Brüning hielt dem Reichsprä-
sidenten von Hindenburg Vortrag über den vom Ka-
binett zur Behebung der Notlage ausgearbeiteten
„Wirtschafts- und Finanzplan“. Anschließend erläu-
terte Reichsfinanzminister Dr. Dietrich die von dem
Kabinett in Aussicht genommenen Maßnahmen. Die
Maßnahmen stellen nach Ansicht der Reichsregierung
einen einheitlichen Plan dar und sind in erster Linie
auf das Abgestellte, „was im Augenblick finanziell ge-
boten und wirtschaftlich möglich ist“.

In der Begründung des Notprogramms heißt es:
Die Vorschläge sind geboren aus der Not der Zeit.
Die Höhe der von Gehalt und Löhnen, von Steuern
und Soziallasten bedingten Gesteuerungsstellen steht im-
mer im Wege. An die Stelle der Kapitalein-
fuhr trat die Kapitalausfuhr, welche notwendig war,
die aufgenommenen Verpflichtungen zu tilgen und die
Lasten des verlorenen Krieges abzutragen. Die Folge
dieser Umkehrung ist der Mangel an Kapital,
sind die hohen Zinsen, weiterhin die Unlust der
Wirtschaft, irgendwelche Investitionen vorzu-
nehmen, und die steigende Arbeitslosigkeit.

Unnötig verschärft wurde die Lage dadurch, daß
deutsche Staatsbürger in Sorge um die Zukunft in
unverkündigter und unverantwortlicher, die Nation und
ihre Wirtschaft schädigender Weise ihr Vermögen und
Geld in das Ausland geschafft haben.

Das Ergebnis der zurückgehenden Wirtschaft ist
ständig steigender Aufwand für die immer noch an
Zahl wachsenden Arbeitslosen und hartnäckiger
und andauernder Rückgang der Steuereinnah-
men. Die vor uns stehende Aufgabe ergibt sich aus
diesen Tatsachen. Zunächst gilt es, einen geordneten
und ausgeglichenen Etat für das kommende Jahr auf-
zustellen, damit das erschütterte Vertrauen in un-
sere Finanzwirtschaft wieder hergestellt und da-
mit unserer Wirtschaft neuer Wille, sich zu betätigen
und Arbeit zu schaffen, gegeben wird. Die Unter-
stützung der Arbeitslosen ist ein Nothelfer, sie behan-
delt nur die Folgen und beseitigt nicht die Ursachen.

Es geht darum, die Ursache, das Daniederliegen
der Wirtschaft zu bekämpfen und über den Zeitpunkt,
an dem wir sehen, hinwegzukommen. Sieht man die
Aufgabe so an, dann verbietet sich gerade im Interesse
der zur Zeit Arbeitslosen, aber arbeitswilligen Ele-
mente jede neue Belastung der Produktion, vielmehr
ist die Entlastung der produktiven Stände zu fördern
nicht nur von unmittelbaren Ausgaben, sondern auch
von unnötigem Schreibwerk und Klerger. Eine um-
fassende Vereinfachung — vor allem des Steuerrechts
ist eine Notwendigkeit. Nicht höhere Steuern, sondern
allein Sparmaßnahmen, Entlastung, die Wiederher-
stellung des Vertrauens sind die Grundideen, die uns
führen müssen.

Reichshaushalt.

Für das Haushaltsjahr 1930 muß mit einem
Fehlbetrag von 750—900 Millionen gerechnet
werden. Hieron entfallen etwa 300 Millionen auf
die kommenden Anforderungen der Fürsorge für die
Arbeitslosen, etwa 450—600 Millionen auf den Rück-
gang der Einnahmen infolge der weiteren Verschlech-
terung der Wirtschaftslage. Die Abdeckung dieses
Fehlbetrages wird in den Haushalten der nächsten
drei Jahre aus einem besonderen Fonds erfolgen.
Durch ein sofort zu verabschiedendes Gesetz wird die
Bildung dieses Fonds sichergestellt. Dadurch wird die
Beschaffung eines Ueberbrückungskredits er-
möglich und seine Verzinsung und Rückzahlung ge-
währleistet.

Durch die Gesamtheit der zu treffenden Maß-
nahmen wird die Ausgabenlast des Reichs-
haushalts 1931 gegenüber dem Jahre 1930 um
rund 1 Milliarde gesenkt. Dadurch werden die Ein-
nahmerückgänge, mit denen das Reich etwa in gleicher
Höhe rechnen muß, aufgewogen.

Der Ausgabenentlastung dienen die folgenden Maß-
nahmen:

Gehaltskürzung.

Die Gehaltsbezüge des Reichspräsidenten, des
Reichskanzlers sowie der Reichsminister und damit
gleichzeitig die Löhne der Abgeordneten werden um
20 Prozent, die Dienstbezüge der Reichsbeamten sowie
die Versorgungsbezüge der Wartegeldempfänger und
Angehörigengeldempfänger um 6 Prozent gekürzt. Die Sen-
kung erfolgt vom 1. April 1931 ab für die Dauer von
drei Jahren. Mit dem gleichen Zeitpunkt fällt die
Reichshilfe fort. Von der Kürzung ausgenommen sind
die Minderzulagen. Personen, deren künftige Gehalts-
bezüge 1500 Reichsmark jährlich nicht übersteigen, sind
von der Kürzung befreit. Durch die Senkung der Be-
züge wird für das Reich eine Ersparnis von 120 Mil-
lionen Reichsmark erzielt.

Bei der Reichsbahn und der Reichsbank kommen
entsprechende Kürzungen in Betracht.

Die Reichsregierung hofft, daß die Beamtenschaft,
die sich stets als Stütze des Staates bewährt hat, auch
in dieser schweren Zeit willig dieses vorübergehende
Opfer im Interesse der Allgemeinheit auf sich nehmen
und dadurch die Maßnahmen unterstützen wird, die
eine Senkung des gesamten Lohns- und Preis-
standes in Deutschland zum Ziel haben.

Kürzungen der Ueberweisungen.

Die Senkung der Beamtengehälter in gleichem
Maße bei Ländern und Gemeinden gestattet eine Kür-
zung der Ueberweisungen um etwa 100
Millionen.

Durch den Rückgang der Einnahmen tritt vor-
ausichtlich eine weitere Kürzung der Ueberweisungen
für Länder und Gemeinden um rund 288 Millio-
nen ein.

Arbeitslosenversicherung.

Der Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben
der Arbeitslosenversicherung soll künftig ohne Finanz-
spruchnahme des Reichshaushalts sichergestellt werden.

Der Anteil des Reichs an dem Aufwand für die
Krisenfürsorge wird im Haushalt auf 420 Mil-
lionen Mark begrenzt. So werden die Schwie-
rigkeiten beseitigt, die bisher stets dadurch entstan-
den sind, daß die Belastung des Haushalts für die Zwecke
der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge
nicht von vornherein bestimmt waren.

Eine grundlegende Reform der Arbeitslosenver-
sicherung wird vorbereitet.

Abkürzungen im Reichshaushalt.

Die Ausgabenlage bei den Einzelteilen werden
gegenüber dem Jahre 1930 um rund 300 Millionen
vermindert. Die Abkürzungen sind bereits mit Zustimmung
der beteiligten Reichsministerien durchgeführt. Der
Ausgleich im Haushalt 1931 setzt voraus, daß Lebens-
steuer und der fünfprozentige Zuschlag zur Einkommen-
steuer aufrechterhalten bleiben. Durch härtere Be-
lastung des Tabaks unter Schonung der deutschen Er-
zeugung soll ein Mehrbetrag an Zöllen und Steuern
von 167 Millionen Reichsmark gewonnen werden. Im
übrigen werden neue Steuerbelastungen vermieden.
Wenn trotzdem der Einnahmefall auf insgesamt
eine Milliarde angenommen wird, so wird durch diese
vorsichtige Schätzung verhindert, daß der Haushalt wie-
der durch Steuerzufälle erschüttert werden kann.

Länder und Gemeinden.

Die Bezüge der Beamten und Abgeordneten
werden wie beim Reich gekürzt. Um die Durchführung
einheitlicher Spargrundlagen in Reich und Ländern zu
sichern, sollen mit den Ländern Vereinbarungen über
eine Mitwirkung des Reichs bei der Haushalts-
aufstellung der Länder getroffen werden.

Das Haushaltsrecht der Länder und Gemeinden
soll den strengen Grundrissen des Reichs angepaßt
werden, soweit dies bisher nicht geschehen ist.

Soweit die Gemeinden nicht bis zum 31. März
1931 eine von der Gemeindeverwaltung unabhängige
Rechnungsprüfung eingeführt haben, wird eine solche
Prüfung durch reichsgesetzliche Vorschrift geschaffen
werden. Ein Gesetzentwurf über Ersparnismaßnahmen
auf dem Gebiete der Rechtspflege wird vorbereitet.
Die Bestrebungen auf eine Verminderung der lo-
kalen Verwaltungs- und Gerichtsbehörden
in den Ländern unter Anpassung ihrer Bezirke an die
modernen Verkehrsverhältnisse werden mit Nachdruck
gemeinsam mit den Ländern betrieben werden.

Vereinfachung des Steuerrechts.

Einen wesentlichen Bestandteil des Notprogramms
der Reichsregierung bildet ferner die Vereinfachung
des Steuerrechts, durch die eine wesentliche Verbilli-
gung der Finanzverwaltung, deren Kosten gegenwärtig
500 Millionen Mark betragen — d. h. 4,5 Prozent der
Einnahmen — erzielt werden soll.

An Ausführung der Vereinfachung des Steuer-
rechts soll bei der Besteuerung der Landwirtschaft die
Reichsvermögenssteuer künftig für Vermögen bis zu
20 000 Mark fortfallen. Außerdem sollen die Grund-
vermögenssteuer, die Reichsvermögenssteuer und die
ersten 10 Prozent der Einkommensteuer (also für die
ersten 8000 Mark des Einkommens) durch die Grund-
vermögenssteuer als abgegolten gelten.

Ebenso soll eine vereinfachte Besteuerung der Klein-
gewerbetreibenden

durchgeführt werden. Umfangreiche Maßnahmen sind
vorgesehen für die Berechnung der Grundvermögens-
steuer. Bei der Umfasssteuer sollen Vermögen-
summen mit einem Gesamtumfug von nicht mehr als 5000
Mark künftig der Umfasssteuer nicht mehr unterliegen.

Sehr eingehende Maßnahmen enthält das Pro-
gramm ferner über die

Neuregelung der Wohnungswirtschaft.

Das Programm gibt genau die Finanzierung des
Wohnungsbaues in den nächsten Jahren, insbesondere
für Kleinwohnungen, an. Weiter beschäftigt sich das
Programm mit der

Realsteuerentlastung.

Die Grundsteuer soll um 10 Prozent gesenkt
werden, und zwar sowohl beim landwirtschaftlichen
Grundvermögen, wie beim Hausbesitz. Schließlich sieht
das Programm Maßnahmen für den Finanzausgleich
vor, die eine vollständige Veränderung der Ueberwei-
sungen der Anteile an die Länder bedeuten und eine
Schärfung für die Ausgaben der öffentlichen Hand
bedeuten.

Ausgabenbegrenzung für drei Jahre.

Durch ein besonderes Gesetz wird sichergestellt,
daß die unter dem Druck der Not auf ein Mindest-
maß herabgesetzten Ausgaben für die Dauer dreier
Jahre in Reich, Ländern und Gemeinden keine Er-
höhung erfahren dürfen, sondern daß alle etwa durch
Eingang höherer Einnahmen erzielten Ueberüberschüsse
durch steuerliche Entlastung zu verwenden sind. Für
das Reich wird ein Spargesetz die Grundlage für
weitere Haushaltsersparnisse bilden, denen zur Zeit
gesetzliche Bindungen entgegenstehen.

Der Plan der Reichsregierung, so heißt es zum
Schluß des Notprogramms, fordert von allen Teilen
des deutschen Volkes Opfer. Deutschland muß aber
rechtzeitig Anschluß an die Entwicklung in der großen
Stunde der Weltwirtschaft finden, die durch die Sen-
kung des Preisniveaus gekennzeichnet ist.

Was durch die Kürzung der Gehälter für die
öffentliche Wirtschaft angebahnt ist, muß innerhalb der
privaten Wirtschaft weiterwirken zum Wohle des Gan-
zen. Bezüge und Lebenshaltung aller Unternehmer-
und Arbeitnehmerschichten sowie der Preisstand der
deutschen Waren müssen uns gestalten, im Wettbewerb
der Welt zu bestehen. Nur so werden die Produktions-
kräften wieder belebt, nur so die Sorgen wachsender
Arbeitslosigkeit von dem deutschen Volke genommen
werden, Sorgen, die heute ernste Gefahren für Staat
und Wirtschaft bedeuten. Gewiß, daß es keine Nacht

fertigung vor der Geschichte dafür gibt, in diesem Augenblick verfaßt zu haben, wird die Reichsregierung alles daran setzen, das Ziel zu erreichen.

Der deutsche Beamtenbund

zum Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung.

— Berlin, 30. September. Der Geschäftsführende Vorstand des Deutschen Beamtenbundes hat sofort nach der Bekanntgabe des Wirtschafts- und Finanzplanes der Reichsregierung am Dienstagabend dazu Stellung genommen und einstimmig folgende Entschliessung gefaßt:

„Der Geschäftsführende Vorstand muß aus dem ihm soeben bekannt gewordenen Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung entnehmen, daß wiederum die Beamtenschaft in besonders starkem Maße bei der Sanierung der Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden herangezogen werden soll. Die gesamte Auswirkung aller Maßnahmen ist ohne gründliche Prüfung und ohne Kenntnis der einzelnen Vorlagen noch nicht völlig zu übersehen. Es muß aber jetzt mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß die neuerdings beabsichtigte Belastung für die wirtschaftlich ohnehin geschwächte Beamtenschaft eine weitere empfindliche Erschwerung ihrer Lage bedeutet und für viele Schichten der Beamten unerträglich wird. Zudem enthält der Plan keinerlei Vorschläge, durch welche die von der Reichsregierung selbst programmatisch verkündete und von allen Seiten für notwendig und für möglich gehaltene Preissenkung gesichert wird.“

Der Vorstand wird alle geeignet erscheinenden Maßnahmen ergreifen, um die der Beamtenschaft drohende Belastung und die gegen die Länder-, Gemeinde- und Körperschaftsbeamten geplanten Sondergesetze abzuwehren. Er erwartet dabei die tatkräftige Unterstützung der gesamten Beamtenschaft.“

Rheinlandministerium aufgelöst.

Treviranus als Minister ohne Ressort.

Halbamtlich wird mitgeteilt:

Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers den Reichsminister Treviranus von seinem Amt als Reichsminister für die besetzten Gebiete entbunden und ihn zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich ernannt. Reichsminister Treviranus wird in dieser Eigenschaft die Disziplin bei der Reichskanzlei weiterführen.

Memel-Abkommen in Genf.

Deutsch-litauische Einigung.

Vor dem Völkerbundsrat in Genf ist die Memelfrage, soweit sie sich auf die bevorstehenden Landtagswahlen am 10. Oktober bezieht, geregelt worden.

Reichsaußenminister Dr. Curtius gab eine Erklärung ab, daß zwischen ihm und dem litauischen Außenminister Jannius Maßnahmen vereinbart worden seien, die eine Verhandlung der dringlichsten Punkte vor dem Rat erübrigten.

Die Maßnahmen stellen u. a. folgendes sicher: In das amtierende Direktorium des Memelgebietes werden an Stelle der beiden bisherigen Landesdirektoren zwei Angehörige der Mehrheitsparteien des bisherigen Landtags treten. Nach dem Zusammenreten des neuen Landtags ernannt der Gouverneur einen Direktoriumspräsidenten, der das Vertrauen des Landtages genießen muß.

Ebenfalls solche Personen, die das memelländische Bürgerrecht besitzen, werden zur Wahl zugelassen. Auch die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung der Presse- und Versammlungsfreiheit sind getroffen worden.

Gegen Abrüstungs-Verschleppung.

In der Sitzung der Völkerbundsversammlung, in der die Berichte der dritten Kommission über die Abrüstung auf der Tagesordnung standen, gab der deutsche Außenminister Dr. Curtius eine kurze Erklärung ab, daß die deutsche Delegation sich der Abstimmung über die Resolution, die kein genaues Datum für die Einberufung der Abrüstungskonferenz angibt, enthalten wird. Eine ähnliche Erklärung gab auch der österreichische Delegierte ab.

Dann hielt Briand eine seiner bekannten „Abrüstungsreden“.

Auf diese Rede antwortete Curtius, den Ursachen der Mißstimmungen in der ganzen Welt komme man nicht bei, wenn man die Verträge nicht erfüllt und nicht abruft.

Die Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen.

— Berlin, 1. Oktober. Wie der Kultusminister auf eine kleine Anfrage mitteilt, sind die Vertragsverhandlungen mit den evangelischen Landeskirchen, so weit gefördert, wie es die Schwierigkeit des Gegenstandes erlaubt. Ein Zeitpunkt für ihre Beendigung könne gegenwärtig noch nicht angegeben werden.

Das braunschweigische Staatsministerium ist zurückgetreten. Der neugewählte braunschweigische Landtag wählte in seiner ersten Sitzung unter Ab-

weichung von dem Brauch, den Landtagspräsidenten der stärksten Fraktion zu entnehmen, den Nationalsozialisten Börner mit 20 Stimmen zum Präsidenten. Der sozialdemokratische Kandidat hatte 17 Stimmen erhalten.

Vaugoin Bundeskanzler.

Vaugoin Bundeskanzler.

Aus Wien wird amtlich mitgeteilt: Das neue Kabinett ist soeben gebildet worden und hat die Eingelobung in die Hände des Bundespräsidenten geleistet. Die Zusammensetzung ist folgende:

Vaugoin, Bundeskanzler und Seereswesen,
Schmid, Vizekanzler und Sozialverwaltung,
Seipel, Außenwesen,
Fürst Starhemberg, Inneres,
Hueber, Justiz,
Ruch, Finanzen,
Heine, Handel,
Zahler, Landwirtschaft,
Gjermak, Unterricht.

Local- und Provinzialnachrichten.

Änderung der Friedhofsgebührenordnung in Gadderbaum.

Die neuen Gebührensätze der Friedhofsordnung für Erbbegräbnisse sind wie folgt festgesetzt:

für 1—2 Lager bei 35 Jahren Liegezeit pro Lager 50 RM.
für 3—4 Lager bei 60 Jahren Liegezeit pro Lager 60 RM.
für 5—6 Lager bei 100 Jahren Liegezeit pro Lager 75 RM.

Genehmigt!

Bielefeld, den 11. September 1930.

(Siegel) Der Kreisaußschuß. gez. Sethe.

Veröffentlicht!

Gadderbaum, den 26. September 1930.

Der Ehrenbürgermeister. Dr. Suttel.

Bethel.

Christlicher Verein junger Männer.

Donnerstag 8 Uhr Jungvolkabend.

Die Mitgliederversammlung wird auf Freitag, den 10. Oktober gelegt. Die Karten im Vorverkauf kaufen.

Schriftleitung: B. Kraas; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. S. Suttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Hospize und Heime.

Haus Bergblick, Luftkurort Alsbach, freundl. ruh. sonniges Heim im Park unterhalb des Brokens. Bad, elektr. Licht, ein- und zweibett. Zimmer mit und ohne Pension. Wäsche, Wäsche, Wäsche. (Herrn u. Damen). (Herrn u. Damen).

Heidelberg, Christliches Hospiz, Kurort, ruh. sonniges Heim im Park unterhalb des Brokens. Bad, elektr. Licht, ein- und zweibett. Zimmer mit und ohne Pension. Wäsche, Wäsche, Wäsche. (Herrn u. Damen). (Herrn u. Damen).

Köln a. Rh., Christl. Hospiz, Hotel, ruh. sonniges Heim im Park unterhalb des Brokens. Bad, elektr. Licht, ein- und zweibett. Zimmer mit und ohne Pension. Wäsche, Wäsche, Wäsche. (Herrn u. Damen). (Herrn u. Damen).

Wien, Christl. Hospiz, Hotel, ruh. sonniges Heim im Park unterhalb des Brokens. Bad, elektr. Licht, ein- und zweibett. Zimmer mit und ohne Pension. Wäsche, Wäsche, Wäsche. (Herrn u. Damen). (Herrn u. Damen).

Leipzig, Christl. Hospiz, Hotel, ruh. sonniges Heim im Park unterhalb des Brokens. Bad, elektr. Licht, ein- und zweibett. Zimmer mit und ohne Pension. Wäsche, Wäsche, Wäsche. (Herrn u. Damen). (Herrn u. Damen).

Bad Dippoltsberg, Christl. Hospiz, Hotel, ruh. sonniges Heim im Park unterhalb des Brokens. Bad, elektr. Licht, ein- und zweibett. Zimmer mit und ohne Pension. Wäsche, Wäsche, Wäsche. (Herrn u. Damen). (Herrn u. Damen).

Worms, Christl. Hospiz, Hotel, ruh. sonniges Heim im Park unterhalb des Brokens. Bad, elektr. Licht, ein- und zweibett. Zimmer mit und ohne Pension. Wäsche, Wäsche, Wäsche. (Herrn u. Damen). (Herrn u. Damen).

Nordseebad Langeoog, Christl. Hospiz, Hotel, ruh. sonniges Heim im Park unterhalb des Brokens. Bad, elektr. Licht, ein- und zweibett. Zimmer mit und ohne Pension. Wäsche, Wäsche, Wäsche. (Herrn u. Damen). (Herrn u. Damen).

Hamburg, Christl. Hospiz, Hotel, ruh. sonniges Heim im Park unterhalb des Brokens. Bad, elektr. Licht, ein- und zweibett. Zimmer mit und ohne Pension. Wäsche, Wäsche, Wäsche. (Herrn u. Damen). (Herrn u. Damen).

Worms, Christl. Hospiz, Hotel, ruh. sonniges Heim im Park unterhalb des Brokens. Bad, elektr. Licht, ein- und zweibett. Zimmer mit und ohne Pension. Wäsche, Wäsche, Wäsche. (Herrn u. Damen). (Herrn u. Damen).

Worms, Christl. Hospiz, Hotel, ruh. sonniges Heim im Park unterhalb des Brokens. Bad, elektr. Licht, ein- und zweibett. Zimmer mit und ohne Pension. Wäsche, Wäsche, Wäsche. (Herrn u. Damen). (Herrn u. Damen).

Worms, Christl. Hospiz, Hotel, ruh. sonniges Heim im Park unterhalb des Brokens. Bad, elektr. Licht, ein- und zweibett. Zimmer mit und ohne Pension. Wäsche, Wäsche, Wäsche. (Herrn u. Damen). (Herrn u. Damen).

Worms, Christl. Hospiz, Hotel, ruh. sonniges Heim im Park unterhalb des Brokens. Bad, elektr. Licht, ein- und zweibett. Zimmer mit und ohne Pension. Wäsche, Wäsche, Wäsche. (Herrn u. Damen). (Herrn u. Damen).

Worms, Christl. Hospiz, Hotel, ruh. sonniges Heim im Park unterhalb des Brokens. Bad, elektr. Licht, ein- und zweibett. Zimmer mit und ohne Pension. Wäsche, Wäsche, Wäsche. (Herrn u. Damen). (Herrn u. Damen).

Worms, Christl. Hospiz, Hotel, ruh. sonniges Heim im Park unterhalb des Brokens. Bad, elektr. Licht, ein- und zweibett. Zimmer mit und ohne Pension. Wäsche, Wäsche, Wäsche. (Herrn u. Damen). (Herrn u. Damen).

Worms, Christl. Hospiz, Hotel, ruh. sonniges Heim im Park unterhalb des Brokens. Bad, elektr. Licht, ein- und zweibett. Zimmer mit und ohne Pension. Wäsche, Wäsche, Wäsche. (Herrn u. Damen). (Herrn u. Damen).

Worms, Christl. Hospiz, Hotel, ruh. sonniges Heim im Park unterhalb des Brokens. Bad, elektr. Licht, ein- und zweibett. Zimmer mit und ohne Pension. Wäsche, Wäsche, Wäsche. (Herrn u. Damen). (Herrn u. Damen).

Worms, Christl. Hospiz, Hotel, ruh. sonniges Heim im Park unterhalb des Brokens. Bad, elektr. Licht, ein- und zweibett. Zimmer mit und ohne Pension. Wäsche, Wäsche, Wäsche. (Herrn u. Damen). (Herrn u. Damen).

Worms, Christl. Hospiz, Hotel, ruh. sonniges Heim im Park unterhalb des Brokens. Bad, elektr. Licht, ein- und zweibett. Zimmer mit und ohne Pension. Wäsche, Wäsche, Wäsche. (Herrn u. Damen). (Herrn u. Damen).

Worms, Christl. Hospiz, Hotel, ruh. sonniges Heim im Park unterhalb des Brokens. Bad, elektr. Licht, ein- und zweibett. Zimmer mit und ohne Pension. Wäsche, Wäsche, Wäsche. (Herrn u. Damen). (Herrn u. Damen).

Worms, Christl. Hospiz, Hotel, ruh. sonniges Heim im Park unterhalb des Brokens. Bad, elektr. Licht, ein- und zweibett. Zimmer mit und ohne Pension. Wäsche, Wäsche, Wäsche. (Herrn u. Damen). (Herrn u. Damen).

Worms, Christl. Hospiz, Hotel, ruh. sonniges Heim im Park unterhalb des Brokens. Bad, elektr. Licht, ein- und zweibett. Zimmer mit und ohne Pension. Wäsche, Wäsche, Wäsche. (Herrn u. Damen). (Herrn u. Damen).

Worms, Christl. Hospiz, Hotel, ruh. sonniges Heim im Park unterhalb des Brokens. Bad, elektr. Licht, ein- und zweibett. Zimmer mit und ohne Pension. Wäsche, Wäsche, Wäsche. (Herrn u. Damen). (Herrn u. Damen).

Worms, Christl. Hospiz, Hotel, ruh. sonniges Heim im Park unterhalb des Brokens. Bad, elektr. Licht, ein- und zweibett. Zimmer mit und ohne Pension. Wäsche, Wäsche, Wäsche. (Herrn u. Damen). (Herrn u. Damen).

Worms, Christl. Hospiz, Hotel, ruh. sonniges Heim im Park unterhalb des Brokens. Bad, elektr. Licht, ein- und zweibett. Zimmer mit und ohne Pension. Wäsche, Wäsche, Wäsche. (Herrn u. Damen). (Herrn u. Damen).

Worms, Christl. Hospiz, Hotel, ruh. sonniges Heim im Park unterhalb des Brokens. Bad, elektr. Licht, ein- und zweibett. Zimmer mit und ohne Pension. Wäsche, Wäsche, Wäsche. (Herrn u. Damen). (Herrn u. Damen).

... und schneeweiß wird die Wäsche durch OZON! das vorzügliche selbsttätige Waschmittel

Günstige Einkaufsgelegenheit: Hannoverische Markenbutter, gef. zum Einkauf für den Winter 30 Pf. zu 31. — Wt. franko per 60 kg. 30 Pf. zu 48.50 Wt. franko per 60 kg. — Dies Dorsten, Möbeldorf (Hilfstr.)

Liebhaver-Photographen

decken ihren Bedarf in der

Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

In jedem evangelischen Hause

mit Rundfunkanschluß muß das richtige Kursbuch durch die Sendeprogramme vorhanden sein. Die einzige auf evangelischer Grundlage aufgebaute Rundfunk-Programmschrift ist

Der Rundfunkhörer

Er bietet:

Ausführliche Programmübersicht aller Sender, orientierende Artikel, Unterhaltungsteil, Bastel- und Rätselzettel, gute Bilder

Er kämpft:

Gegen Polarisierung des Rundfunks für evangelischen Rundfunkwillen

Er kostet:

Reichsausgabe (48 Seiten stark) monatlich nur 20 Pf. (zuzügl. 6 Pf. Postbestellgeld) Probeheft umsonst vom Verlag Hamburg 1, Gr. Bäckerstraße 5—7

Jeder neue Bezahler stärkt die evang. Rundfunkfront

Ingenieurschule Technikum Lage Bauschule

Kur-Anstalt Erholungsheim Ebert

Paraguaytee

Nr. 23

Unter...

Zum C...

In de... Unterricht... wurf eine... mittleren... Schule am... Preußen... ordnung... Provinzen... sprechende... Zeitverh... lang... hungen in... durch den... in Berlin... Jahre 192... sich zu de... für ganz... wesentlich... die in Ein... lassen.

über... und Ganz... sie sich in... besonders... zwischen... diesem B... Gegenwa... den religi... tragen w... tigten au... dieser Pu... zierungs... als das b... weit, daß... Erziehung... Eltern, in... obachtung... darüber... Theater... verhandl... Verjamme... Erziehung... behält sic... stimmungs... Fälle für... vorgef... Jugend... und, we... überall... ständen... stimmung... würde m... haben, w... wie frühe... lichen Be... Platz gre... über das... erkennen... die letzte... der Eltern... aber lasse... zwanzig... heute die... gibt, was... fischen G... schränkt!

So m... Erziehung... die polit... bürger... deutlich... rum febr... letzten M... der Betä... einen tre... die Veron... men, wer...